Landesdelegiertenkonferenz am 3. Juli 1976 in Essen, Städtischer Saalbau

zur Wahl der Kandidaten für die Landesliste der SPD in Nordrhein-Westfalen zur Bundestagswahl 1976

Beschlußprotokoll

INHALTSVERZEICHNIS SEITE(N)

1. Eröffnung und Begrüssung 1

Ausführungen des Landesvorsitzenden Werner Figgen, MdL zum Bundestagswahlkampf 1976 in NRW 3

2. Konstituierung gemäss Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung 13

a) Wahl des Präsidiums 14

b) Wahl der Mandats- und Wahlprüfungskommission 14

c) Wahl des Schriftführers 15

d) Wahl der Unterzeichner für die eidesstattliche Versicherung, dass die Wahl der Bewerber und ihre Reihenfolge in geheimer Abstimmung erfolgt ist 15

3. Beschlussfassung über

a) Tagesordnung 16

b) Geschäftsordnung 17

c) Wahlordnung 18

4. Grusswort Horst Katzor 19

5. Bericht über die Mandatsprüfung 21

6. Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt, MdB zur Bundestagswahl '76 22

7. Wahl der Kandidaten für die Landesliste NRW 27

8. Beschluss über die Listenbindung 34

9. Schlusswort 35

vorgelegte Materialien 37

Beginn der Landesdelegiertenkonferenz: 1o.15 Uhr

1. ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Rede des Landesvorsitzenden Werner F i g g e n , MdL

"Meine sehr verehrten Damen und Herren,
verehrte Gäste,
liebe Freunde der SPD,
liebe Genossinnen und Genossen!

Ich heisse Sie alle herzlich willkommen.

Wir alle freuen uns sehr, dass unser Parteivorsitzender

Willy B r a n d t

zu uns gekommen ist. Nochmals herzlich willkommen. Wir alle sind stolz darauf, dass Du wieder für die NRW-Landesliste als Spitzenkandidat zur Verfügung stehst.

Ich begrüsse herzlich die Bundestagspräsidentin, unsere

Annemarie R e n g e r

und mit ihr die weiteren Mitglieder der Spitzengruppe

Walter A r e n d t

Adolf S c h m i d t

Dr. Katharina F o c k e

Antje H u b e r

Hans-Jürgen W i s c h n e w s k i

Heinz J u n k e r

Elfriede E i l e r s

Kurt G s c h e i d l e

Waltraud S t e i n h a u e r

Die Mitglieder unserer Spitzengruppe werden nachher von mir noch in besonderer Form vorgestellt.

Mein besonderer Gruss gilt den sozialdemokratischen Ministern und Staatssekretären der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung.

Willkommen heisse ich den Vorsitzenden des gastgebenden Unterbezirks und Oberbürgermeister dieser Stadt

Horst K a t z o r .

Mit grosser Genugtuung begrüsse ich die Delegation unseres Patenbezirks Tel-Aviv/Israel. Wir fühlen uns eng mit Euch und Eurer Sache verbunden.

Stellvertretend für die rund 3oo.ooo Genossinnen und Genossen an Rhein und Ruhr begrüsse ich

die dreihundert Delegierten, hundert Ersatzdelegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, des Landesausschusses sowie der Landeskontrollkommission und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, Ausschüsse und Arbeitskreise.

Ich heisse besonders herzlich willkommen unsere Genossen aus dem Bereich

des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und
der Gewerkschaft der Polizei.

Ich begrüsse

die Damen und Herren der Auslandsvertretungen,
die Vertreter unserer befreundeten Organisationen, insbesondere

der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten,
der Arbeiterwohlfahrt,
der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft,
der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik,
der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - und
die Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ich begrüsse schliesslich

die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen,

denen ich eine interessante Grundlage für ihre Berichterstattung wünsche.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Bezirke in Nordrhein-Westfalen sind am 1o. Juli 1975 auf unsere heutige Landesdelegiertenkonferenz hingewiesen worden. Die Einberufung ist am 1. April 1976 erfolgt. Am 14. Juni 1976 haben wir für heute eingeladen. Ich stelle fest, dass diese Landesdelegiertenkonferenz zur Wahl der Kandidaten für die Landesliste der SPD in NRW zur Bundestagswahl '76 ordnungsgemäss einberufen ist.

Die Landesdelegiertenkonferenz ist hiermit eröffnet."

Ausführungen des Landesvorsitzenden Werner F i g g e n , MdL
zum Bundestagswahlkampf 1976 in Nordrhein-Westfalen

"Verehrte Gäste und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

I.

Unsere Landesdelegiertenkonferenz zur Nominierung der Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl 1976 findet zwei Wochen nach unserem ausserordentlichen Bundesparteitag in der Westfalenhalle Dortmund und neunzig Tage v o r der Bundestagswahl am 3. Oktober statt.

In Dortmund haben wir demonstriert, was seit jeher unsere Stärke ausmacht: Geschlossenheit und Kampfbereitschaft dann, wenn es darauf ankommt.

Wir Sozialdemokraten haben in Dortmund auch den letzten Zweiflern klargemacht, dass wir geschlossen hinter unserem Bundeskanzler Helmut Schmidt stehen.

Wir haben auch ganz deutlich gemacht, dass wir einen offensiven Wahlkampf führen werden. Das heisst für uns aber - anders als für CDU und CSU -, dass wir einen argumentativen Wahlkampf führen werden. Denn wir haben Argumente.

Ein Blick in das in Dortmund verabschiedete "Regierungsprogramm 1976 - 1980" beweist das. Dort sind die wichtigsten der eindrucksvollen Leistungen aufgeführt, die die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren erbracht hat.

Auf der Basis dieser Leistungen wollen und werden wir Sozialdemokraten weiterarbeiten.

Wir werden weiter an dem arbeiten, was viele ausländische Beobachter als beispielhaft, vorbildlich und mustergültig bezeichnen. Ohne jede Anmassung und Überheblichkeit, aber mit berechtigtem Stolz auf das von uns allen Geleistete wollen wir weiterarbeiten für:

aktive Friedenssicherung und erfolgreiche Verständigungspolitik,

hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit,

soziale Stabilität durch unser dichtes Netz sozialer Sicherheit,

wirkliche Freiheit für den Einzelnen durch Solidarität,

beharrliche Politik steter Reformen.

Diese fünf Säulen sind es, die das "Modell Deutschland" ausmachen. So sehen es viele in der Welt. Und so sehen wir es, allerdings mit dem Wissen um die Verpflichtung, an diesem Modell weiterzuarbeiten. Denn: Es ist noch viel zu tun!

"Unser Volk", und hier zitiere ich unseren Parteivorsitzenden und nordrhein-westfälischen Spitzenkandidaten Willy Brandt, "unser Volk kann keine Politik brauchen, die mit dem Rücken zur Zukunft steht. Unserem Volk dient der Weg, der das Erreichte sichert und das Notwendige erneuert. Das ist unser Weg!"

Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Gäste!

D a s ist und war unser Weg in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland, das mit über siebzehn Millionen Bürgern das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik ist und in dem Ende 1976 eine sozial-liberale Koalition zehn Jahre lang mit nachweisbarem Erfolg regiert. Ich werde auf einige Leistungen der sozial-liberalen Regierungen in Bonn und Düsseldorf noch zu sprechen kommen. Hier sei ein Rückgriff in die Vergangenheit gestattet.

Konrad Adenauer hatte einmal hier an Rhein und Ruhr die demagogische Vorstellung populär zu machen versucht, dass einem Wahlsieg der SPD der Untergang Deutschlands folgen würde und es bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 darum gehe (ich zitiere) "ob Deutschland christlich bleiben oder kommunistisch werden würde".

Heute, annähernd zwei Jahrzehnte später, macht die CDU "Freiheit statt Sozialismus" und die CSU "Freiheit oder Sozialismus" zur Wahlkampfparole Nummer Eins.

Also damals unter Adenauer "Untergang oder SPD" oder auch: "christlich oder kommunistisch", heute: "Freiheit oder Sozialismus". Deutlicher kann die CDU/CSU kaum dokumentieren, wo sie steht: Im Gestern steckengeblieben. Sie ist von gestern. Das gilt für ihre miesen Parolen ebenso wie für das, was sie als Politik und Programm ausgibt.

Wenn man sich die Wahlplattform der CDU ansieht, möchte man den Autoren zurufen: So wörtlich hättet Ihr das mit dem "platt" nicht nehmen sollen.

Aber es haben sich eben die Scharfmacher der CDU/CSU wie Dregger, Carstens, Filbinger, Strauss und einige mehr durchgesetzt. Von ihrem Kanzlerkandidaten Kohl wissen wir noch nicht, ob er Scharfmacher oder Biedermann ist. Dafür schirmt ihn sein Werbemanager Biedenkopf noch zu gut ab. Aber was nutzt es: Schlimm, wenn er ein Biedermann ist, den Scharfmacher umzingeln, noch schlimmer, wenn er ein Scharfmacher im Schafspelz ist. In jedem Fall steht Kohl hinter der Diffamierungsparole, und er weiss um die Absicht, die hinter dieser Parole steht. Wozu sonst hat er sich mit einer Reihe von Weise- und Agitationsexperten umgeben?

In diesem Wahlkampf 1976 ist der CDU/CSU alles recht und billig, was sie an die Macht bringen könnte. Filbinger warnte während des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes im Februar 1976 vor der Wahl der SPD in einer Zeitungsanzeige wörtlich, dass - ich zitiere - "in jeder sozialistischen Ordnung Freiheit und Eigentum auf der Strecke bleiben". Und sein hessischer Parteifreund Dregger motivierte Anfang Juni dieses Jahres für seine politische Tätigkeit seine Entschlossenheit, zu verhindern, dass aus seinen Kindern - ich zitiere - "sozialistische Staatssklaven" würden.

Worin liegt die Infamie solcher Äusserungen?

Sie liegt in der bewussten und bewusst falschen Gleichsetzung unseres Verständnisses von "demokratischem Sozialismus" mit dem "Sozialismus kommunistischer Prägung" in den Staaten jenseits der Elbe.

Die CDU-Führer wissen das natürlich auch. Sie wissen auch, dass Sozialdemokraten und Sozialisten sich seit jeher hart von den Kommunisten abgrenzen, viel härter übrigens als so manche Konservative von den Faschisten.

Aber die Führer der CDU/CSU setzen ja eben nicht auf Wissen, sie spekulieren auf Unwissenheit und tiefsitzende Angst. Deshalb dürfen wir es nicht bei der berechtigten Empörung belassen. Im Gegenteil: Wir müssen und werden in die Offensive gehen und deutlich machen, dass der demokratische Sozialismus nicht im Gegensatz zur Freiheit steht, sondern die grosse soziale Freiheitsbewegung überhaupt ist.

Dazu bedarf es im übrigen gar keiner grossen theoretischen Erörterungen. Die Praxis sozialdemokratischer Politik hat das früher bewiesen und beweist es noch. Die vergangenen zehn Jahre hier im Land und die sieben Jahre sozialdemokratisch geführter Politik im Bund machen das für jedermann deutlich.

Von Freiheit verstehen wir wirklich mehr. Wir reden nicht nur, wir handeln.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die flexible Altersgrenze ist für Millionen Menschen ein Stück ganz konkreter Freiheitserweiterung. Auch wenn das vielleicht für einen Manager und Professor, wie Herrn Biedenkopf, schwer nachzuvollziehen ist. Deshalb werden wir die Verunglimpfung des demokratischen Sozialismus nicht zulassen.

II.

"Nicht erst der Orientierunsrahmen '85" - hier darf ich unseren nordrhein-westfälischen Justizminister Diether Posser zitieren - "nicht erst der Orientierungsrahmen '85, sondern schon das Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 spricht an neun Stellen vom "demokratischen Sozialismus", erklärt ihn und grenzt ihn zugleich in eindeutiger Weise vom Kommunismus ab. Als Grundwerte des demokratischen Sozialismus, "der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist", werden Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität genannt.

Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Gäste!

Ich setze mich hier n i c h t mit jener restaurativen Parole der CDU/CSU auseinander, weil ich fürchte, sie wäre uns Sozialdemokraten abträglich. Ich verurteile diese Wahlkampfparole der CDU/CSU, weil es sich hier um den Versuch von Volksverdummung, oft sogar Volksverhetzung handelt.

Auch im Namen unserer ausländischen Freunde müssen wir uns zur Wehr setzen. Es kann nicht angehen, dass zum Beispiel Mario Soares, Bruno Kreisky, Olof Palme oder Jop van Uyhl als latente Freiheitsgefährder bezeichnet werden. Und das obendrein von deutschen Konservativen.

Aber auch im Interesse der Bürger unseres Landes müssen wir die rückwärtsgewandte Politik der CDU/CSU-Konservativen abwehren.

"Wer Politik zurückdreht, erbt die alten Probleme"! Professor Dahrendorf, der frühere EG-Kommissar und FDP-Politiker, konnte nicht deutlicher (in einem PANORAM-Interview) vor den Folgen der CDU/CSU-Wahlkampfparole warnen.

Statt gesellschaftspolitisch brauchbare Beiträge, statt diskutable Alternativen zu leisten, schürt die Union politische Ängste und Unsicherheit.

Nach neueren Meinungsumfragen lehnt die Mehrheit der Bundesbürger die Wahlkampfparole der CDU/CSU ab. 45 Prozent der Bundesbürger - so ermittelte das Infas-Meinungsforschungsinstitut - finden, dass "freiheitliche Demokratie" und "sozialistische Gesellschaft" durchaus miteinander vereinbar sind; und mehr als die Hälfte der Befragten - genau 55 Prozent - stehen auf dem Standpunkt, dass es am 3. Oktober 1976 gar nicht um die "grundsätzliche Entscheidung zwischen Freiheit und Sozialismus" geht, zumal mehr als ein Drittel aller Bundesbürger (genau 35 Porzent) laut Infas ihren politischen und persönlichen Freiheitsraum erweitert gesehen haben, seitdem Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung mittragen. Nur sechs Prozent der von Infas befragten Bundesbürger fühlten sich in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt.

Es besteht also eine gute Chance, die zynische Angst- und Verdummungs-Agitation der CDU/CSU zu durchleuchten. Es gibt doch mehr gesunden Menschenverstan dund mehr Gefühl für Fairness und Anstand, als die elitären CDU-Propagandisten vermuten!

Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass CDU und CSU in diesem Wahlkampf den Rückschritt predigen, wenn sie von Fortschritt (den sie meinen) sprechen, dass CDU und CSU der Liberalität unserer bundesdeutschen Politik Schaden zufügen und dass sie schliesslich bemüht bleiben werden, die innere Freiheit in unserem Land in Abrede zu stellen und die innere Sicherheit permanent zu verunsichern.

Aber wir werden weder uns, noch unseren Staat kaputt agitieren lassen.

W i r Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind ganz besonders aufgerufen, die über 17 Millionen Bürger unseres Landes vor politischem Unheil, vor einem n e u e n Scherbengericht zu bewahren, wie es die CDU Ende 1966 an Rhein, Ruhr und Weser zurückliess.

W i r , die Delegierten dieser Konferenz und mit ihnen 2o.ooo Funktionäre und Mandatsträger in 1.7oo Ortsvereinen unserer Partei in Nordrhein-Westfalen, müssen jedes unserer 3oo.ooo Mitglieder mobilisieren und aktivieren!

Wir setzen uns mit ganzer Kraft ein für die unbeirrbare Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit unter Bundeskanzler Helmut Schmidt in Bonn und damit gleichzeitig für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesregierung zum Wohle Nordrhein-Westfalens und seiner Menschen!

III.

Warum tragen wir in Nordrhein-Westfalen besondere Verantwortung?

In Nordrhein-Westfalen lebt und arbeitet ein Drittel aller Bundesbürger. Mit 5oo Einwohnern pro Quadratmeter - im Ruhrgebiet sind es sogar 1.5oo - ist Nordrhein-Westfalen der grösste Ballungsraum Europas. Noch deutlicher verglichen: In Nordrhein-Westfalen leben mehr Menschen als in den Niederlanden, in Belgien oder in der Schweiz und Schweden zusammen.
Nordrhein-Westfalen ist unter sozialdemokratischer Führung das Industrieland Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland und - wenn man so will - in Europa geblieben.

In Nordrhein-Westfalen werden dreissig Prozent des Sozialprodukts der Bundesrepublik erwirtschaftet.

In Nordrhein-Westfalen arbeiten 3o Prozent der bundesdeutschen Industriebeschäftigten und in diesem Land werden 3o Prozent des Industrieumsatzes der BRD produziert.

In Nordrhein-Westfalen sorgten sozial-liberale Regierungen in Bonn und Düsseldorf dafür, dass die Wirtschaft ihres Landes ihre internationale Bedeutung trotz weltweiter Rezessionen 1966/67 und in der jüngsten Zeit ausbauen und vertiefen konnte. Ein Viertel des nordrhein-westfälischen Industrieumsatzes wird exportiert, und das ist etwa ein Drittel der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik.

Blicken wir zehn Jahre zurück auf den 1o. Juli 1966.

Aus dieser Landtagswahl ging die SPD mit dem bisher höchsten Stimmenerfolg hervor. Mit 99 Abgeordneten von 2oo Sitzen zog die SPD in den Landtag zunächst als Opposition. Im Dezember 1966 musste CDU-Ministerpräsident Meyers das Handtuch werfen. Er hatte abgewirtschaftet.

SPD und FDP stellen seitdem ungebrochen unter Führung von Heinz Kühn die sozial-liberale Landesregierung, die - auch was Verlässlichkeit und Loyalität, Offenheit und Ehrlichkeit der Koalitionspartner angeht - zum beispielgebenden Muster für die spätere sozial-liberale Regierungsbildung in Bonn wurde.

Der für die SPD fraglos negative Trend in einigen Bundesländern bei den Landtagswahlen der Jahre 1974 und 1975 wurde am 4. Mai 1975 in unserem Land gestoppt. Mit 1o5 gewählten Landtagsabgeordneten brachte die sozial-liberale Koaltion SPD und FDP der CDU eine eindeutige Niederlage bei.

Die Wähler an Rhein und Ruhr honorieren die seit Bildung der SPD/FDP-Regierung zielbewusste und programmatisch orientierte Politik durch ihr Vertrauen. Jetzt gilt es, den Erfolg vom 4. Mai 1975 noch zu übertreffen!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste und Freunde!

Ich habe den Anteil unseres Landes an der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben, weil sich in Nordrhein-Westfalen das Geschick unseres Volkes entscheiden wird, und - wie ich glaube - auch zu einem beträchtlichen Teil das Schicksal Europas, dessen Völker nur dann noch näher zusammenrücken werden, wenn der nationale ökonomische Rahmen ihrer Volkswirtschaften gefestigt ist.

Nordrhein-Westfalen ist das stärkste Industrieland der Bundesrepublik. Hier werden die wirtschaftlichen Weichen weiter gestellt für die weitere Integration der freien europäischen Völker. Aus der internationalen Verflechtung lässt sich Nordrhein-Westfalen nicht ausklammern. In dem konsequent voranzutreibenden Prozess der europäischen Integration ist unserem Industrieland eine Sonderfunktion - keinesfalls eine Sonderstellung - aufgegeben und sogar aufgezwungen.

Von der weiteren Entwicklung unseres Landes wird die Entwicklung der Bundesrepublik national und international abhängen; und deshalb kann es uns auch aus landespolitischer Sicht nicht gleichgültig sein, wer nach dem 3. Oktober in Bonn regiert.

Was Sozialdemokraten zu leisten imstande sind, wissen die Menschen an Rhein und Ruhr. Ende 1966 übernahm die Regierung Kühn/Weyer ein CDU-Scherbengericht. Schwarze Fahnen flatterten über dem Ruhrgebiet. Dieses Land, das Herz der Bundesrepublik, drohte zum Armenhaus zu werden. Wir haben das verhindert.

Bereits Anfang 1968 hatte die Regierung Kühn gemeinsam mit ihren Freunden in Bonn durch gezielte Strukturpolitik ein wirksames, zukunftsbestimmendes Gegengewicht zu den tragischen Auswirkungen der 5oer und 6oer Jahre geschaffen:

1968 mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr, das das Gespenst der Arbeitslosigkeit vertrieb,

197o mit dem Nordrhein-Westfalen-Programm und seinen koordinierenden Planungen für ganz Nordrhein-Westfalen.

Von 1966 bis 1975 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 3oo.ooo neue Arbeitsplätze geschaffen.

In den Jahren von 1968 bis etwa Mitte 1975 wurden allein im Ruhrgebiet gewerbliche Investitionen mit einem Gesamtumfang von rund 21 Milliarden DM gefördert.

An der Ruhr, hier im Revier, entstanden 18o.ooo neue Arbeitsplätze.

Meine Zuhörer, Genossinnen und Genossen!

Mir liegt es fern, in Erfolgszahlen früherer Jahre zu schwelgen und dabei die beiden letzten Jahre, die auch uns durch die weltwirtschaftlich bedingte Rezession etwas zurückwarfen, zu übersehen.

Aber gerade weil die CDU - politisch unverantwortlich - Unsicherheit und Angst, ja Zwietracht und Hass verbreitet, müssen wir an das Erreichte erinnern.

Wir müssen vor allem unseren Bürgern an Rhein und Ruhr immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass wir bei allen negativen Tendenzen der Jahre 1974 und 1975 soziale Not wie 1966 vor zehn Jahren fernhielten. Es geht wirtschaftlich wieder aufwärts!

Hier ein Wort zu der CDU-Unterstellung, wir hätten den Wahlkampf 1975 durch falsche Aufschwung-Prophezeiungen gewonnen.

Zum einen kann heute jeder nachprüfen, ob unsere Aufforderung "Den Aufschwung wählen" falsch war. Ich meine: Sie war richtig. Denn: Zum anderen steht heute auch fest, dass der Aufschwung im Sommer 1975 langsam einsetzte, weil die Weichen in Bonn und Düsseldorf nicht nur rechtzeitig, sondern auch richtig gestellt worden waren:

Im Konjunkturprogramm des Bundes und der Länder vom Oktober 1974 wurden 95o Millionen DM zur Ankurbelung unserer Wirtschaft bereitgestellt. Hiervon flossen 26o Millionen Mark nach Nordrhein-Westfalen.

Die Landesregierung ergänzte dieses Programm um weitere 3oo Millionen Mark, so dass insgesamt mehr als 5o.ooo Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

Die Abwendung einer noch höheren Arbeitslosenquote war nur die gemeinsame Politik von Bundesregierung und Landesregierung zur Stützung von Konjunktur und Wachstum möglich.

Immerhin stellte Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1974 und 1975 insgesamt 1,5 Milliarden DM an Landesmitteln für konjunkturpolitische Massnahmen bereit.

Wichtigster Einzelposten war 1975 das Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen von insgesamt 5,75 Milliarden DM (Beteiligung des Landes: 331 Mill. DM).

Ich will auf weitere Hilfsprogramme des Landes nicht eingehen. Mir sei nur noch der Hinweis auf das durch Initiative der SPD-Landtagsfraktion zustandegekommene Sonderprogramm 1975 gestattet, das zusätzliche 1oo Millionen DM als Finanzhilfe zur Sicherung bedrohter Arbeitsplätze bereitstellte.

Insgesamt konnten 1975 allein aus den Mitteln dieses Programms

2oo Betriebe gefördert und ca. 51.ooo Arbeitsplätze gesichert werden.

Im Landeshaushalt 1976 stehen für derartige Hilfen zur Arbeitsplatzsicherung wiederum 2o Millionen Mark zur Verfügung.

Weitere Einzelheiten der zu einem ganz wesentlichen Teil auf die gemeinsamen Förderungsmassnahmen von Bundes- und Landesregierung hin erzielten Erfolge sind dem Material zu entnehmen, das vor Beginn unserer Konferenz ausgehändigt worden ist.

Eines steht fest: Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen hat für Sozialdemokraten immer Priorität.

Steigende Auftragseingänge aus dem In- und Ausland, zunehmende Auftragsbestände und wachsende Einzelhandelsumsätze in den ersten Monaten dieses Jahres müssten auch den letzten Sekptiker davon überzeugt haben, dass ein neuer Aufschwung eingetreten ist.

Allein die nordrhein-westfälische Grundstoffindustrie verzeichnete im März dieses Jahres einen Nachfrage-Anstieg von 39 Prozent.

Der Arbeitsmarkt reagierte im April weiter auf saisonale, durch die Konjunktur gestützte Einflüsse. Das wurde einmal durch den Abbau der Kurzarbeit um mehr als 25 Prozent unterstrichen. Das zeigt sich in den rückläufigen Arbeitslosenzahlen und - was besonders erfreulich ist - in dem überproportionalen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit um 16,1 Prozent.

Mein Nachfolger im Regierungsamt, der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister des Landes Friedhelm Farthmann konnte erst kürzlich der Landespressekonferenz mitteilen, dass die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen in zwei Monaten (April und Mai 1976) um über 1o.ooo auf rund 24.ooo zurückgegangen ist.

Anfang Juni war es in den Zeitungen zu lesen, dass - ich zitiere hier Agenturberichte - "Der Konjunkturfrühling im Mai nachhaltig den Arbeitsmarkt erfasst habe". Im gesamten Bundesgebiet wurden erhebliche Rückgänge registriert.

In Nordrhein-Westfalen sank die Arbeitslosenzahl in diesem Monat um rund 35.5oo - oder elf Prozent - auf rund 28o.3oo.

Wir können und werden uns nicht im neuen Konjunkturaufschwung sonnen. Wir werden vielmehr unsere Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bund und Land konsequent fortsetzen. Wir appellieren dabei zur gleichen Zeit an die Unternehmerschaft. Sie weiss sehr wohl, dass die rückläufigen Entwicklungen der letzten Jahre international begründet waren und die Bundesregierung - besonders in unserem Industrieland - gemeinsam mit der Landesregierung alle Anstrengungen unternahm, das abgefallene Konjunkturbarometer wieder ansteigen zu lassen.

Die Wirtschaft muss auch die Zurückhaltung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei den letzten Tarifverhandlungen anerkennen.

In einer freien Marktwirtschaft, zu der wir uns gerade in Nordrhein-Westfalen immer wieder bekannt haben, geht es nicht ohne Partnerschaft, nicht ohne Zusammenarbeit der Sozialpartner; aber partnerschaftliches Verhalten ist keine Einbahnstrasse. Es geht nicht ohne die Bereitschaft der Unternehmerseite, in den letzten Jahren freigewordene Arbeitsplätze wieder zu besetzen und nicht einen Teil davon einfach "wegzurationalisieren".

Zwischen Rhein und Ruhr geht es wieder aufwärts. Wir erwarten die Bereitschaft, gemeinsam mit uns den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Regierungen im Bund und Land haben das ihre getan.

An dieser Stelle möchte ich mich mit einem herzlichen Dankeschön an Heinz Kühn wenden. Wir übermitteln ihm von hier aus unsere solidarischen Grüsse. Für seine Arbeit, die er in Kürze wieder aufnimmt, ein freundschaftliches Glückauf!

IV.

Ich möchte hier noch einige Worte zu unserem Verhältnis zu den Kirchen anfügen.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu Toleranz und weltanschaulichem Pluralismus. Wir wissen aber um die besondere Bedeutung und Verantwortung der Kirchen. Wir wissen das nicht zuletzt deshalb, weil die meisten von uns auch katholische oder evangelische Christen sind.

Gerade deshalb können wir von den Amtsinhabern und Würdenträgern der Kirchen erwarten, dass offene oder versteckte parteipolitische Stellungnahmen, wenn sie einseitig Partei nehmen, nicht im Namen der Kirche und schon gar nicht im Namen aller Gläubigen abgegeben werden.

Eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der Kirchen sehen wir darin, dass sie ihren Beitrag zur Stärkung ethischer und moralischer Werte in unserer Gesellschaft leisten.

V.

Jetzt möchte ich noch einige Bemerkungen zu einer ziemlich einmaligen Wahlkampftatsache machen. Der Generalsekretär der CDU, Biedenkopf, hat sich vorgenommen, eine Art privaten, auf seine Person bezogenen Sonderwahlkampf Ruhrgebiet zu machen.

Zunächst einmal: Die Herausforderung, wenn es denn eine ist, nehmen wir gerne an.

Deutlicher geht es doch kaum: Selbst hier im Revier hat die CDU keinen prominenten - ich will nicht sagen: "einflussreichen", denn so etwas gibt's da nicht - Arbeitnehmervertreter zu bieten.

Bezeichnenderweise kommt ein geschickter Werbemanager daher. Er, der vor einigen Jahren mit Erfolg geholfen hat, Waschmittel an den Mann zu bringen - warum auch nicht? - will jetzt, und da beginnt die Kritik, mit den gleichen Methoden Politik oder was er dafür hält an den Mann bringen. Ein Weissmacher will uns etwas weis machen!

Der Herr Professor kommt und erklärt den arbeitenden Menschen im Revier in einem Zeitungsinterview: "Das politische Leben hier ist phantasielos, träge und mittelmässig".

Eine solche arrogante Diffamierung kann ich nicht anders beantworten, als es der Essener Bundestagsabgeordnete Peter Reuschenbach bereits besorgte: "Kommunalpolitiker, Betriebsräte und Manager haben gerade im Revier nach dem Krieg eine Aufbauleistung erbracht, ohne die das "deutsche Wunder" undenkbar gewesen wäre. Die gravierdenden Strukturveränderungen der letzten Jahre, die nicht zuletzt durch die Erhardsche Vernachlässigung des Steinkohlenbergbaus heraufbeschworen worden sind, wurden gerade hier an der Ruhr mit gewaltigen Anstrengungen gemeistert."

Aber vielleicht lernt Herr Biedenkopf in diesem Wahlkampf ja etwas dazu. Schliesslich wird er ja nicht umhin können, hin und wieder einmal mit Arbeitern zu sprechen. Dann können die ihm auch sagen, wie das mit der Freiheit für einen Arbeitnehmer aussieht.

Meine Parteifreunde!

Die grosse Mehrheit aller Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, ganz besonders aber in Nordrhein-Westfalen, ist mit ihrem eigenen Leben in persönlicher Freiheit und Sicherheit zufrieden. Die meisten Bürger wollen, dass das Erreichte, vor allem aber das im sozialen Bereich unter Walter Arendt Erzielte, erhalten und gesichert wird.

Meine Freunde!

CDU und CSU haben in all den Jahren, in denen sie die harte, aber angesichts ihrer Alternativen gerechte Bank der Opposition drücken mussten, in Bund und Land bekundet, dass sie soziale Errungenschaften beschränken und die Unternehmerschaft stärken, ja wieder eine Unternehmerfront wie dereinst unter Adenauer und Erhard aufbauen wollen. Wir müssen ganz besonders an Rhein und Ruhr erkennen, dass diese Politik zur Gefahr für die Arbeitnehmer, doch auch für den Mittelstand, für Handwerk, Handel und Landwirtschaft wird.

Das wirtschaftliche Erwartungsklima wird zunehmend besser. Und das gilt auch für die Einkommen.

Dem greifbaren wirtschaftlichen Aufschwung muss der politische Aufschwung für die Regierungsparteien, für die SPD, folgen!

Wir haben grosse Erfolge vorzuweisen. Jetzt müssen wir diese Erfolge allen deutlich machen.

Die Bundestagswahl 1976 wird wieder bei uns an Rhein und Ruhr entschieden. Das ist uns Verpflichtung zum politischen Kampf.

Es kommt auf jeden von uns an!"

2. KONSTITUIERUNG GEMÄSS BUNDESWAHLGESETZ UND BUNDESWAHLORDNUNG

Antje H u b e r , MdB

Für die Aufstellung von Parteibewerbern enthält § 21 BWG zwingende Rahmenvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, dass die Auswahl der Bewerber nach demokratischen Grundsätzer durchgeführt wird.

Nach § 27 Abs. 5 BWG gelten für die Aufstellung der Landesliste die allgemeinen Vorschriften des § 21 über die geheime Wahl der Kandidaten auf der Landesliste durch die Delegiertenversammlung, wobei nicht nur der Kandidat selbst geheim gewählt werden muss, sondern auch über den Listenplatz, den er einnehmen soll, geheim abgestimmt werden muss.

Die Vorschriften des Parteiengesetzes finden auf die Nominationsversammlung nach § 21 BWG keine Anwendung.

§ 17 des Parteiengesetzes hat für die Aufstellung der Kandidaten für Wahlen nur das Gebot geheimer Abstimmung normiert, alle anderen Regelungen aber den Wahlgesetzen überwiesen.

Damit finden Vorschriften - wie etwa die des § 15 Abs. 1 des Parteiengesetzes über die Beschlussmehrheiten, wie auch etwa die Vorschriften über die Abhängigkeit des Stimmrechts von der Erfüllung einer Beitragspflicht, keine Anwendung.

Es bleibt auch bei dem aus § 21 BWG folgenden Verbot der Teilnahme sogenannter geborener Delegierter an den Delegiertenkonferenzen zur Aufstellung der Kandidaten.

So ist auch der Wahlmodus nicht vorgeschrieben. Er richtet sich nach der Parteisatzung (unserer Landessatzung).

Für die geheime Wahl der Kandidaten dieser heutigen Landesdelegiertenkonferenz gilt, dass gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat.

Zur Prüfung der Rechtmässigkeit der Teilnahme der Delegierten an dieser Landesdelegiertenkonferenz wird eine Mandats- und Wahlprüfungskommission gebildet, die die Legitimation eines jeden Delegierten überprüfen wird.

Gemäss § 21 Abs. 6 BWG ist über die Landesdelegiertenkonferenz eine Niederschrift gem. Auflage 2.2 BWO zu fertigen, die durch den Leiter der Landesdelegiertenkonferenz und einen Schriftführer unterschrieben sein muss.

Ich stelle mit Eurer Zustimmung fest, dass dieser Versammlungsleiter der Landesvorsitzende sein soll.

Wir kommen jetzt zur Wahl der Konferenzgremien (in Abstimmung mit dem Landesausschuss und mit den Bezirken).

Hier muss besonders erwähnt werden, dass alle Mitglieder der Konferenzgremien mit Ausnahme der Unterzeichner für die eidesstattliche Versicherung nicht Delegierte sein müssen.

A) WAHL DES PRÄSIDIUMS

Die Präsidiumsmitglieder fungieren auch als Versammlungsleiter und Vertrauensmänner.

Die Landesdelegiertenkonferenz wählt einstimmig die vorgeschlagenen Mitglieder des Präsidiums (die drei Landesvorsitzenden und je Bezirk ein Vertreter):

Werner	F i g g e n	Landesvorstand
Antje	H u b e r	Landesvorstand
Heinz	J u n k e r	Landesvorstand
Hans	B e r g e r	Bezirk Mittelrhein
Hans-Gottfried	B e r n r a t h	Bezirk Niederrhein
Horst	H e i n	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Werner	Z e i t l e r	Bezirk Westliches Westfalen.

B) WAHL DER MANDATS- UND WAHLPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Mandats- und Wahlprüfungskommission setzt sich aus den Mitgliedern der Landeskontrollkommission und zusätzlich je zwei Vertretern aus den Bezirken zusammen.

Wir bilden die Mandats- und Wahlprüfungskommission, um festzustellen, dass die Erschienenen, so ist das auch durch das Gesetz festgelegt, stimmberechtigt sind.

Die Landesdelegiertenkonferenz wählt einstimmig die vorgeschlagenen Mitglieder der Mandats- und Wahlprüfungskommission:

Hans	K a l k b r e n n e r	Landeskontrollkommission
Karl	M i r u s	Landeskontrollkommission
Bodo	C h a m p i g n o n	Bezirk Westliches Westfalen
Gisela	B r a u c k m a n n	Bezirk Westliches Westfalen
Günter	H a r k e	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Heinrich	T i e k ö t t e r	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Elke	K e u n e	Bezirk Mittelrhein
Winfried	S c h o e l l e r	Bezirk Mittelrhein
Walter	H ü l s h o f f	Bezirk Niederrhein
Willi	H a m a c h e r	Bezirk Niederrhein.

C) WAHL DES SCHRIFTFÜHRERS

Die Landesdelegiertenkonferenz wählt einstimmig auf Vorschlag des Landesvorstandes

Arthur E b k e r .

Er muss die Niederschrift anfertigen und mit unterzeichnen.

D) WAHL DER UNTERZEICHNER FÜR DIE EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG, DASS DIE WAHL DER BEWERBER UND IHRE REIHENFOLGE IN GEHEIMER ABSTIMMUNG ERFOLGT IST

Die Landesdelegiertenkonferenz wählt einstimmig auf Vorschlag des Landesausschusses

Karl T r a b a l s k i und

Reinhard G r ä t z .

3. BESCHLUSSFASSUNG ÜBER

A) TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüssung;

2. Konstituierung
gemäss Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung

   a) Wahl des Präsidiums
   (Die Präsidiumsmitglieder fungieren auch als Versammlungsleiter und Vertrauensmänner.)

   b) Wahl der Mandats- und Wahlprüfungskommission

   c) Wahl des Schriftführers

   d) Wahl der Unterzeichner für die eidesstattliche Versicherung, dass die Wahl der Bewerber und ihre Reihenfolge in geheimer Abstimmung erfolgt ist;

3. Beschlussfassung über

   a) Tagesordnung

   b) Geschäftsordnung

   c) Wahlordnung;

4. Grussworte;

5. Bericht über die Mandatsprüfung;

6. Referat des Parteivorsitzenden Willy B r a n d t , MdB
zur Bundestagswahl '76

   - Aussprache -;

7. Wahl der Kandidaten für die Landesliste NRW

   1. Wahlgang: Spitzenkandidat

   2. Wahlgang: Platz 2 bis Ende der Landesliste (etwa 115);

8. Beschluss über die Listenbindung;

9. Schlusswort.

B) GESCHÄFTSORDNUNG

1. Die Landesdelegiertenkonferenz ist einberufen gemäss § 8 der Landessatzung.

2. Stimmberechtigt sind die in den Bezirken bzw. Unterbezirken wahlberechtigt gewählten Delegierten.

3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.

4. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.

6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.

7. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten ausser der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.

8. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.

9. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

C) WAHLORDNUNG

1. An den Wahlen nehmen die in den Bezirken bzw. Unterbezirken wahlberechtigten, gewählten Delegierten teil.

2. Wahlen werden entsprechend der Tagesordnung durchgeführt.

3. Die für einen Wahlgang verwendeten Stimmzettel müssen einheitlich sein.

4. Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

5. Stimmenenthaltungen sind gültige Stimmen.

6. Die Wahl der Kandidaten für die Landesliste erfolgt mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.

   Nacheinander werden gewählt:

   im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat.

   im 2. Wahlgang die Kandidaten von Platz 2 bis zum Ende der Landesliste.

   Über Änderungsvorschläge zur vorgeschlagenen Landesliste wird gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

7. Wahlen sind geheim.

8. a) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat.

   b) Haben die Kandidaten diese Mehrheit nicht erhalten, so findet ein weiterer Wahlgang statt. Gewählt sind dann die Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

   c) Bei Stimmengleichheit findet erforderlichenfalls Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

9. Wahlberechtigte Delegierte, die zu spät zur Landesdelegiertenkonferenz erscheinen, dürfen bei laufenden Wahlgängen erst an der nächstfolgenden Wahl teilnehmen.

1o. Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen ist der 3. Juli 1976, Konferenzbeginn.

4. GRUSSWORT

Horst K a t z o r
Oberbürgermeister der Stadt Essen und SPD-Unterbezirksvorsitzender in Essen

"Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,
liebe Gäste!

Am 17. November 1972 fand in dieser Stadt die Abschlusskundgebung der SPD mit Willy Brandt statt. Zwei Tage später, am 19. November vor vier Jahren, erlebten wir, nicht nur hier, sondern überall im Lande, den grössten Wahlsieg unserer Partei seit ihrem Bestehen.

Hier im Revier, ob im westfälischen oder rheinischen Teil, wollen wir dieses Wahlergebnis wiederholen. Natürlich darüber hinaus überall in der Bundesrepublik.

Wir sehen auch die Entscheidung, diesen Landesparteitag mitten ins Revier zu legen, als ein gutes Omen mit dem Blick auf den 3. Oktober 1976 an.

Schliesslich haben die Sozialdemokraten in dieser Stadt, seitdem sie die Geschicke hier bestimmen, von Wahl zu Wahl ständig an Vertrauen und an Stimmen hinzugewonnen. Dies ist nunmehr ununterbrochen seit 15 Jahren so und was die vor uns liegende Bundestagswahl angeht, so konnten wir in Essen, der ehemaligen Hochburg der Zentrums-Partei im Deutschen Reich, unseren Stimmenanteil von rund 51 % über 55 % auf 59 % steigern. Warum sollten wir also jetzt nicht - und da schliesse ich an die Erwartungen von Helmut Schmidt auf dem letzten Parteitag in Dortmund an - den klaren Sprung über die 60 %-Marke schaffen. Unter solchen Vorzeichen freue ich mich deshalb ganz besonders, liebe Genossinnen und Genossen, Euch hier in Essen herzlich willkommen zu heissen.

Diesen Willkommensgruss spreche ich aus als Oberbürgermeister dieser Stadt, wie als Unterbezirksvorsitzender unserer Partei in Essen.

Ihr könnt sicher sein, dass Euch die Menschen in dieser Stadt mit besonderer Sympathie begegnen. Hier weiss man, wer in mühevoller Arbeit - Schritt für Schritt - die Lebensverhältnisse ständig verbessert hat. Hier weiss man, wer es weniger mit den Worten, als vielmehr mit den Taten hält.

Hier hat man ein feines Ohr für die Beleidigungen, die am 3. Juni 1976 der Generalsekreätr der CDU, Herr Biedenkopf, den Menschen des Reviers an den Kopf geknallt hat, als er sagte: "Das politische Leben hier ist phantasielos, träge, mittelmässig".

Was versteht der Mann von unserem Leben? Wir sind mit den Menschen hier jedenfalls stolz darauf, dass das Ruhrgebiet so gut mit den Herausforderungen des strukturellen Wandels bei Kohle, Stahl und Energie fertig wurde. Diese Stadt schliesslich war einst die grösste Steinkohlenbergbaustadt des europäischen Kontinents.

Mit Hilfe unserer sozialdemokratischen Freunde in Bund und Land ist es uns gelungen, mit diesen besonders schwierigen Problemen fertig zu werden; und das wissen die Bürger hier in dieser Stadt und darüber hinaus.

Und deshalb haben sie kein Verständnis für die Arroganz, die Entgleisungen und die politische Unvernunft des CDU-Generals. Wenn er trotz seiner diffamierenden Äusserungen glaubt, hier im Revier 4o % der Wählerstimmen erhalten zu können, dann ist er schief gewickelt; am 3. Oktober werden die konservativen Kräfte ihr blaues Wunder erleben!

Wir sind stolz, dass es uns gelungen ist, hier in weiten Teilen eine Lebensqualität vorzuhalten, von der CDU-geführte Länder nur träumen können. Und wenn es Eure Zeit irgendwie zulässt: Seht Euch um in dieser Stadt, seht, was Sozialdemokraten gemeinsam mit den fleissigen Bürgern geschaffen haben.

Nun noch eins: Wir haben es nicht nötig, mit zwei und mehreren Zungen zu sprechen. Wir können uns erhobenen Hauptes überall zeigen. Als ehrliche und aufrichtige Makler, als Leute, denen man vertrauen kann. Das wissen auch die Menschen hier sehr gut. Sie wissen, dass es Sozialdemokraten waren, die jedem einzelnen mehr persönliche, soziale und wirtschaftliche Freiheit gegeben haben.

Wir mühen uns ab, den Freiheitsraum zu vergrössern und das durch Taten, nicht durch Wortakrobatik, nicht durch Schaumschlägerei.

Unsere Leistungen sind für alle sichtbar und deshalb wird auch das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürger und der Sozialdemokratischen Partei "vor Ort" immer inniger und immer fester. Dies erfordert härteste Kärrner-Arbeit, aber sie ist auch ungemein beglückend.

Weil wir mit dieser Arbeit bisher so grossen Erfolg gehabt haben, bin ich sicher: Die Menschen hier wissen sehr wohl, was sie am 3. Oktober zu tun haben. Sie werden den Demagogen, sie werden Herrn Biedenkopf, und sie werden den konservativen Kräften ihre Quittung geben.

Lasst mich zum Abschluss noch einmal betonen, dass wir Euch gern hier in Essen sehen.

Dem Landesparteitag wünsche ich gut durchdachte Beschlüsse, Euch allen einen herzlichen Gruss und insgesamt einen erfolgreichen Verlauf!

Glückauf!"

5. BERICHT ÜBER DIE MANDATSPRÜFUNG

Berichterstatter: Karl M i r u s

Es wurden 3oo wahlberechtigte und ordnungsgemäss gewählte Delegierte der Unterbezirke bzw. Bezirke eingeladen.

293 Delegierte sind anwesend (endgültige Zahlen gegen 11.3o Uhr).

Es entfallen auf die Bezirke:

Ostwestfalen-Lippe	eingeladen 31	anwesend 31
Westl. Westfalen	eingeladen 146	anwesend 143
Mittelrhein	eingeladen 5o	anwesend 46
Niederrhein	eingeladen 73	anwesend 73.

Nach § 12 des Bundeswahlgesetzes sind alle anwesenden Delegierten wahlberechtigt.

Die Wahl- und Mandatsprüfungskommission hat ferner die vorgeschlagenen Kandidaten für die Landesliste überprüft. Alle sind gemäss § 15 Bundeswahlgesetz wählbar.

6. REDE DES PARTEIVORSITZENDEN WILLY BRANDT, MDB ZUR BUNDESTAGSWAHL '76

I.

Vor vierzehn Tagen haben wir auf unserem Parteitag in Dortmund das sozialdemokratische Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre beschlossen. Es war ein Parteitag der zuverlässigen Orientierung und der verlässlichen Zuversicht.

Eine zuverlässige Orientierung, das heisst: Die SPD muss stark sein, Helmut Schmidt muss Bundeskanzler bleiben, damit die Leistungen der zurückliegenden Jahre nicht in Gefahr geraten, sondern damit die Bundesrepublik durch solide Arbeit weiter vorangebracht werden kann. Mit anderen Worten: Es gilt, einen reaktionären Rückschlag abzuwenden und dafür zu sorgen, dass die demokratischen und sozialen Grundlagen unseres Staates gefestigt werden.

Verlässliche Zuversicht, das heisst: Die Wahlen am 3. Oktober sind zu gewinnen. Aber es ist gewiss nicht so, als ob das Rennen bereits gelaufen wäre. Im Gegenteil: Ein gutes Ergebnis hängt in hohem Masse von den Anstrengungen ab, die wir im Wahlkampf unternehmen. Es hängt im besonderen von NRW ab, und damit meine ich nicht nur die Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr.

Die Partei ist dabei, sich ganz auf den Wahlkampf einzustellen. Die regionalen Treffen, von denen wir eine ganze Reihe hinter uns haben, zeugen von Arbeitsfreude und kämpferischer Gesinnung. Sie zeugen auch von jener fröhlichen Gelassenheit, die wir uns selbst in der Hitze des Gefechts bewahren wollen. Berichte aus zahlreichen Orten zeigen, dass man uns aufmerksamer und freundlicher zuhört, als dies noch vor einigen Monaten der Fall war. Allerdings dürfen wir den Gegner keinen Augenblick unterschätzen. Wir dürfen auch nicht übersehen, dass die psychologischen Wirkungen der Ferienzeit schwer zu berechnen sind und dass wir es ab Ende August nur noch mit fünf Wochen für den eigentlichen Wahlkampf zu tun haben werden.

Es spricht für das Selbstbewusstsein der Partei, dass sie sich durch eine monatelange Lügenkampagne nicht hat in die Defensive drängen lassen. Wir haben nicht zugelassen, dass sich die skrupellosen Herausforderer von ihrer Kampfparole fortstehlen konnten. Wir haben darauf gedrungen, sie sollten ihre Freiheitslüge begründen, und das ist ihnen nicht gelungen.

Jetzt fordern wir die Opposition heraus. Wir fordern: Sagt den Bürgern, mit welcher Politik Ihr den Freiheitsraum des Einzelnen erweitern wollt! Sagt ihnen, was Ihr an die Stelle der bewährten Politik für die soziale Sicherheit der vielen Einzelnen setzen wollt! Sagt auch, mit welcher C-Mannschaft Ihr regieren wollt.

Wichtiger als alle unvermeidliche Polemik ist jedoch, dass wir uns von unseren eigenen Themen nicht abbringen lassen. Die sind in unserem Regierungsprogramm eindeutig dargelegt. Leistungen und künftige Aufgaben werden in ihrem inneren Zusammenhang behandelt. Jeder wird das in seiner Sprache vermitteln und die Gebiete hervorheben, auf denen er sich am besten auskennt, aber die Grundlage der Argumentation gilt für uns alle gleichermassen.

II.

Wir führen diesen Wahlkampf in einer sachlich starken Position und gestützt auf eine Regierungsarbeit, die geprägt ist durch Kontinuität, Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

Wir führen ihn gegen eine Opposition, deren Haltung weithin gekennzeichnet wird durch Nein-Sagen, Mies-Machen und Angst-Gerede.

Die Leistungen während einer objektiv schwierigen Situation sprechen im Grunde für sich selbst. Wir dürfen sie nicht verstecken, sondern wir müssen sie vorzeigen, den Bürgern in die Erinnerung rufen, sie ihnen erläutern. Das ist das eine, das andere ist das Programm für die nächste Jahre. Dort ist der Weg abgesteckt für eine Politik, die sich an das Mögliche hält und realistisch davon ausgeht, dass wir uns weiterhin mit den Freien Demokraten zu verständigen haben. Unter den Programmversuchen der Opposition habe ich nicht einen entdeckt, der unseren Bürgern eine brauchbare Alternative böte.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir in den gut drei Monaten bis zum Wahltag mit bewährter Geschlossenheit tätig sind, dabei aber auch auf die nötige Fächerung achten, die sich aus gesellschaftlichen Wirklichkeit ergibt. Was wir nicht tun dürfen, ist, uns von den Unionsstrategen auf irgendwelche Nebenkriegsschauplätze zerren zu lassen. Mit dem Hinzukommen von Fragen, die sich aus der Entwicklung der nächsten Monate ergeben, müssen wir freilich rechnen. Aber es kommt entscheidend darauf an, dass wir uns nicht von den eigenen Themen abbringen lassen, sondern unsere Argumente durchsetzen gegen die Diffamierung sozialdemokratischer Ziele und gegen die Verdrehung von Tatsachen, die das Leben der Menschen in dieser Zeit bestimmen.

Mein Rat und meine Bitte: Lasst Euch nicht verwirren oder einschüchtern und schon gar nicht auseinanderdividieren! Und verzettelt Euch nicht! Nehmt jetzt drei ganz einfache Feststellungen mit in den Wahlkampf, den wir führen müssen als ein vieltausendfaches Gespräch von Bürger zu Bürger, den wir bestehen müssen trotz einer vielfach unfreundlich eingestimmten Medienlandschaft und den wir gewinnen müssen gegen eine Opposition, der es an getarnten Hilfstruppen und an grossem Geld auch diesmal nicht fehlt. Wir müssen es landauf-landab den vielen Einzelnen in unserem Volk nahebringen, und wir können es begründen durch eine vielfach bestätigte Erfahrung:

Erstens: Es wäre nicht nur unvernünftig, es wäre in hohem Grade leichtsinnig, einen erfolgreichen Bundeskanzler und seine Mannschaft nicht wieder zu wählen. Die Bundesrepublik muss sich weiterhin behaupten in einer Welt voller Gefahren. Helmut Schmidt muss dran bleiben, damit unser Land sicher vorn bleibt.

Zweitens: Es wäre nicht nur unvernünftig, es wäre viel zu riskant, den jetzt für alle unverkennbaren wirtschaftlichen Aufschwung denen anzuvertrauen, die auf die Krise spekuliert und aus parteiegoistischen Gründen eine grosse Misere erhofft haben. Wer als letzer auf den anfahrenden Zug springt, der taugt nicht dazu, die Lokomotive zu führen. Und die Bürger sollen auch wissen: Wenn es im letzten Jahr gelang, den Aufschwung zu wählen, dann heisst es heute: mit dem Bundeskanzler den Aufschwung sichern.

Und drittens: Helmut Schmidt und ich haben gemeinsam auf das Risiko hingewiesen, das eine Abkehr von einer bewährten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Aussenpolitik bedeuten würde. Wir müssen dies alle miteinander den Wählern erläutern.

Es würde unseren Ruf und unseren Einfluss in der Welt untergraben, wenn denen die Vertretung der deutschen Belange überlassen würde, die eine illusionslose Politik der Entspannung und der aktiven Friedenssicherung aus Kurzsichtigkeit (oder aus welchen Gründen auch immer) verhindern wollen.

Es würde den sozialen Frieden gefährden und die Bereitschaft zu einer neuen Solidarität lähmen, wenn jene ans Ruder kämen, die das Anrecht der Bürger auf soziale Sicherung durch die Gemeinschaft als aufkündbare "Gratifikation" bezeichnen.

Und es würde den Ausbau der Demokratie hemmen, wenn jene das Sagen hätten, die den Bürgern ein wachsendes Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht in ihren Lebensbereichen vorenthalten wollen. Es geht in der Tat um mehr oder weniger Demokratie.

III.

Die verlässliche Zuversicht, von der ich sprach, beruht auf der Gewissheit, dass wir hier an Rhein und Ruhr und überhaupt in NRW unser ganzes Gewicht in die Waagschale werfen werden. Auf Nordrhein-Westfalen kommt es an, hier tragen wir die Hauptlast der Verantwortung.

Es wird in Nordrhein-Westfalen wiederum etwa zwölf Millionen wahlberechtigte Männer und Frauen geben. In Bayern und Baden-Württemberg zusammengenommen sind es rund dreizehneinhalb Millionen. 1969 erzielte die SPD in Nordrhein-Westfalen 46,8 Prozent. In Bayern kamen wir 1969 auf 35,6 Prozent, 1972 auf 37,8 Prozent. In Baden-Württemberg stieg unser Anteil von 36,5 auf 38,9 Prozent. Was ergibt sich aus diesen Ziffern?

1. Nordrhein-Westfalen muss bei insgesamt kleinerer Wahlbevölkerung gegenüber den von der Union beherrschten Südstaaten ein beträchtliches Defizit der SPD ausgleichen.

2. Aber: Die Mobilisierungsreserve für die SPD ist hier immer noch deutlich höher als in Bayern und Baden-Württemberg. In Bayern hat sich das Ergebnis im Wahlkampf 1972 gegenüber 1969 steigern lassen. In NRW waren es bei wesentlich höherem Ausgangsniveau, und das ist gewichtig, immerhin gut dreieinhalb Punkte.

   Wir müssen und werden überall grosse Anstrengungen machen. Aber der Schlüssel zu unserem Wahlsieg liegt wieder hier im grössten Bundesland. Hier müssen und hier können wir auch 1976 den Erfolg sichern. Dazu muss das Ergebnis jedenfalls höher liegen als 1969.

Ich weiss wohl: Die CDU/CSU ist in den vergangenen Jahren - auch organisatorisch - nicht schwächer geworden; sie wird mancherorts noch etwas zulegen. Aber: Wir haben eine gute Chance, unbeschadet des Strukturwandels in den grossen Städten. Das beweisen nicht zuletzt manche eindrucksvollen Einzelergebnisse aus den Landtagswahlen im vergangenen Jahr.

Ich bin sicher: Würde morgen gewählt, dann hätten wir zusammen mit den Freien Demokraten eine knappe Mehrheit. Worauf es jetzt ankommt, ist, die Zeit zu nutzen, damit die knappe zu einer sicheren und soliden Mehrheit ausgebaut werden kann.

In Nordrhein-Westfalen hat die SPD eine durchweg starke, eine erfahrene und engagierte Organisationsstruktur. Wir verfügen in diesem Land - neben denen, die im Land und im Bund Verantwortung tragen - über viele Politiker in den Gemeinden, die weit über ihren engeren Arbeitsbereich hinaus einen Namen haben. Ich bin sicher, sie alle werden sich der Aufgabe, die jetzt an erster Stelle steht, mit ganzer Kraft und ganzer Hingabe widmen.

Die Genossen sollen wissen, dass wir von niemandem etwas erwarten, was wir nicht selbst zu leisten bereit sind. Ich habe meinen Terminkalender voll ausgeschöpft, nicht erst im September. Dies gilt für die meisten von uns. Jedem sei der wohlverdiente Urlaub von Herzen gegönnt. Aber in den Wahlkreisen, in denen dies noch nicht geschehen ist, müssen die Vorkehrungen getroffen werden, damit unser Gespräch mit den Bürgern auch in der Zeit bis Ende August nicht abreisst.

Meinen Zahlenhinweisen will ich noch einen hinzufügen: 19,1 Millionen wahlberechtigten Männern stehen diesmal 22,5 Millionen wahlberechtigte Frauen in der Bundesrepublik gegenüber. 1972 sind wir mit Mehrheit von Frauen in der Regierungsverantwortung bestätigt worden. Jeder wird begreifen, warum dies wieder erreicht werden muss.

Unsere Überzeugungskraft im Wahlkampf gilt den Problemen, die unsere Bürger beschäftigen und zum Teil auch immer noch bedrängen. Aber wir werden natürlich nicht darauf verzichten, Aufklärung auch dort zu bieten, wo der politische Gegner die Wähler durch eine mehr oder weniger geschickte Vernebelungsstrategie zu täuschen sucht. Das gilt zumal hier im Revier, wo ein wortgewandter Professor eine Art persönlichen Sonder-Wahlkampf zu führen gedenkt. Wir werden uns nicht von unserem Konzept abbringen lassen. Die Menschen im Revier wissen ohnehin, dass sie bei Walter Arendt besser aufgehoben sind als bei einem sprücheklopfenden Henkel-Mann.

Täuschung des Wählers muss Täuschung, Betrug muss Betrug genannt werden. Wir haben auch darauf hinzuweisen, dass den Wählern vorenthalten wird, welche Personen in einer etwaigen, von der Union gestellten Bundesregierung den Ton angeben würden. Der Öffentlichkeit werden gelegentlich neue Gesichter vorgestellt, hinter denen sich jedoch die alte Politik verbirgt. Mit populären und modernen Worten wird eine alte konservative Politik aufgefrischt. Angstgerede wird weiterhin verbreitet, um die Bürger zu verunsichern. Schmutz fliegt aus der zweiten oder dritten Linie.

Diejenigen, die so viel von Freiheit reden, haben sich dieser Tage übrigens auch durch freiheitsfeindliche Methoden im innerparteilichen Streit entlarvt. Ich meine die skandalösen Vorgänge in der CSU. Es hat nichts mit Einmischung zu tun, wenn wir nach der Substanz demokratischen Verhaltens fragen. Was der CSU-Vorsitzende Strauss mit seinem Stellvertreter Heubl angestellt hat, darf niemanden gleichgültig lassen. Das Präsidium der SPD hat dazu Anfang der Woche festgestellt: Diese Vorgänge zeugen von Praktiken, die sonst aus totalitären Parteien bekannt sind. Ich teile die Meinung, die der FDP-Abgeordnete Lambsdorff dazu geäussert hat: Das sind Methoden einer stalinistischen Kader-Partei. Unter Freiheit, so füge ich hinzu, verstehen wir, Sozialdemokraten und Liberale, wahrhaftig etwas anderes.

Die Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten im Bund hat sich als ein solides Bündnis zweier selbständiger Parteien bewährt, die einander nichts schenken und nichts zu verschenken haben. Bei dieser gemeinsamen und soliden Politik ist unser Volk gut aufgehoben. Deshalb müssen wir jetzt immer wieder aufs Neue deutlich machen: Das gemeinsam Erreichte darf nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden.

Allerdings füge ich aus guten Gründen hinzu: Die Fortführung der sozialliberalen Koalition setzt diesmal ganz gewiss eine starke Sozialdemokratie voraus. Das gute liberale Erbe haben wir ohnehin, wie es sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergab, nicht dem Koalitionspartner allein überlassen können.

Im übrigen ist das geflügelte Wort von Kopf-an-Kopf-Rennen in diesem Jahr nahe bei der Wahrheit. Deshalb ist es so wichtig, dass wir alle unsere Anhänger und Freunde und potentiellen Wähler tatsächlich an die Wahlurnen bringen.

Im Gespräch mit den Arbeitnehmern wird unser Eingehen auf die Prüfsteine des DGB von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für andere Forderungen und Darlegungen aus gewerkschaftlicher Sicht.

Ausserdem müssen wir uns der zahlreichen jungen Menschen, der vielen Frauen, der vielen Älteren erinnern, die in dem entscheidenden Jahr 1972 zum ersten Mal den Weg zu uns gefunden haben. Diese Bürger haben sich bei aller Unsicherheit und Gefährdung, die seither von aussen auf uns einwirkte, davon überzeugen können: Es ist bei der Kontinuität der friedensbewahrenden, existenzsichernden und reformbereiten sozialdemokratischen Politik geblieben. Gerade auch diese Bürger müssen wir bitten: Erneuern Sie Ihr Vertrauen in die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung!

Und überall müssen wir die Überzeugung verbreiten, dass jede Stimme die entscheidende sein kann. Überzeugt alle unsere Freunde draussen, dass sie auch dies weitertragen müssen: Wer nicht wählt, wählt Strauss - und wer Strauss nicht will, muss SPD wählen.

Wir brauchen, über Nordrhein-Westfalen hinaus, ein Wahlergebnis, das dem von 1972 möglichst nahe kommt. Und auf uns hier in Nordrhein-Westfalen bezogen, füge ich hinzu: Es gibt überhaupt keinen Grund, mit dem Ergebnis von 1972 auf alle Zeit zufrieden zu sein. Keiner von uns darf sich schonen - der Bundeskanzler und der Parteivorsitzende tun es bestimmt nicht -, damit die gesamte Partei den 3. Oktober gut besteht: Im Interesse der Menschen, denen wir dienen und in der Pflicht gegenüber unserem Land, das wiederaufgebaut und in die Spitzengruppe der sozial gesicherten Industriestaaten geführt zu haben, wir stolz sein können.

7. WAHL DER KANDIDATEN FÜR DIE LANDESLISTE NRW

1. WAHLGANG: SPITZENKANDIDAT

2. WAHLGANG: PLATZ 2 BIS ENDE DER LANDESLISTE

WAHL DES SPITZENKANDIDATEN

abgegebene Stimmen: 289

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
1 Brandt, Willy	287	2	-

WAHL VON PLATZ 2 BIS PLATZ 123 DER LANDESLISTE

abgegebene Stimmen: 293

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
2	Arendt, Walter	28o	2	-
3	Renger, Annemarie	251	29	3
4	Schmidt, Adolf	265	14	4
5	Focke, Katharina	261	7	3
6	Huber, Antje	259	22	2

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
7	Wischnewski, Hans-Jürgen	271	9	3
8	Junker, Heinz	257	9	4
9	Eilers, Elfriede	264	15	1
1o	Gscheidle, Kurt	247	32	5
11	Steinhauer, Waltraud	267	9	5
12	Buschfort, Hermann	259	19	6
13	Schmidt, Hermann	269	9	5
14	Becker, Helmuth	276	3	3
15	Pensky, Heinz	257	22	4
16	Stahl, Erwin	26o	18	4
17	Hansen, Karl-Heinz	273	7	2
18	Koblitz, Kurt	269	6	8
19	Dr. Bussmann, Bernhard	26o	18	3
2o	Saxowski, Heinz	271	7	3
21	Biermann, Günter	273	6	3
22	Wendt, Martin	273	4	4
23	Fiebig, Udo	272	7	3
24	Scheffler, Hermann	271	6	4
25	Dr. Holtz, Uwe	278	4	1
26	Esters, Helmut	269	8	4
27	Kratz, Paul	275	5	3
28	Blank, Bertram	264	14	2
29	Adams, Rudi	269	8	4

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
3o	Mahne, Erhard	275	3	4
31	Vogelsang, Kurt	271	5	5
32	Tönjes, Albert	274	4	4
33	Müntefering, Franz	274	5	3
34	Jaunich, Horst	275	4	3
35	Wüster, Kurt	274	5	3
36	Kretkowski, Volkmar	273	8	2
37	Scheu, Adolf	257	2o	5
38	Dr. Nöbel, Wilhelm	271	6	5
39	Sybertz, Manfred	269	6	6
4o	Thüsing, Klaus	274	4	5
41	Ibrügger, Lothar	27o	6	5
42	Sander, Engelbert	267	7	6
43	Walkhoff, Karl-Heinz	256	22	5
44	Topmann, Günter	269	6	6
45	Schreiber, Heinz	276	3	4
46	Dr. Gessner, Manfred	27o	6	5
47	Dr. Penner, Willfried	268	8	6
48	Vosen, Josef	27o	6	6
49	Schinzel, Dieter	273	5	4
5o	Dr. Thöl, Eva	273	5	4
51	Eichert, Erhard	27o	6	5

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
52	Peters, Renate	269	12	2
53	Erzner, Margret	272	6	3
54	Mernizka, Loke	269	11	2
55	Lenders, Helmut	273	5	4
56	Dr. Jens, Uwe	273	4	4
57	Spillecke, Hermann	267	1o	6
58	Mahlberg, Dieter	272	5	4
59	Brungs, Hermann	274	4	5
6o	Stapperfenne, Wilfried	272	6	4
61	Sänger, Jochen	275	3	3
62	Brauckmann, Gisela	272	4	6
63	Döring, Heinz	272	5	5
64	Assmann, Heinz	271	6	5
65	Müller, Willi	269	5	5
66	Meinike, Erich	27o	7	4
67	Lange, Erwin	261	13	6
68	Burger Manfred	272	4	5
69	Fiedrich, Hans	272	3	5
7o	Meinerts, Eva	274	4	4
71	Bolte, Ursula	273	3	3
72	Röken, Wolfgang	273	2	6
73	Lux, Hans	272	2	6

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
74	Wolff, Hans-Ulrich	271	3	5
75	Dr. Schmude, Jürgen	272	3	4
76	Reuschenbach, Peter	267	8	3
77	Schluckebier, Günter	265	9	5
78	Bast, Hans-Gerd	272	3	5
79	Neumüller, Paul	271	3	4
8o	Hamel, Werner	271	4	4
81	Schmidt, Willi	272	3	4
82	Biernat, Rainer	271	4	4
83	Rohde, Joseph	273	2	5
84	Henke, Marga	273	3	4
85	Lehmkühler, Winfried	271	4	4
86	Rasch, Helmut	27o	6	2
87	Klinke-Miebert, Helga	274	2	3
88	Lucas, Manfred	272	1	6
89	Stevens, Martin	273	3	4
9o	Hirschauer, Paul	272	4	4
91	Drees, Gerhard	27o	5	4
92	Malaschöwski, Lutz	27o	2	7
93	Schumacher, Günter	271	4	4
94	Dopheide, Hannelore	273	4	3
95	Beurskens, Hans Peter	272	3	5
96	Reise, Peter	27o	5	4

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
97	Möllney, Klaus	272	2	5
98	Eichner, Hans-Peter	275	2	4
99	Frechen, Stefan	274	2	4
1oo	Kratschus, Hermann	274	2	5
1o1	Wemhöner, Wolfgang	272	3	5
1o2	Mämecke, Margret	274	2	5
1o3	Tuzinski, Benno	275	2	4
1o4	Teimann, Egbert	273	3	4
1o5	Wolf, Gerhard	271	5	4
1o6	Kings, Josef	27o	5	5
1o7	Dr. Tullius, Horst	269	7	4
1o8	Wulfmeier, Helmut	271	5	4
1o9	Rothe, Mechthild	274	3	4
11o	Budschun, Peter	272	4	4
111	Fuest, Heinz	272	4	4
112	Loot, Herbert	271	3	6
113	Ginnuttis, Horst	271	6	4
114	Rheinboth, Peter	273	3	5
115	Räker, Kurt	274	3	4
116	Sasse, Werner	271	4	5
117	Balve, Klaus	274	3	4
118	Stemplewski, Jochen	269	7	4
119	Vomhof, Arno	274	3	4

LFD. NR.	NAME, VORNAME	JA	NEIN	ENTHALTUNG
12o	Bekemeier, Heinrich	271	5	4
121	Kappler, Hans-Joachim	271	6	4
122	Lohmann, Willi	271	5	5
123	Kasten, Jürgen	271	6	4

8. BESCHLUSS ÜBER DIE LISTENBINDUNG

Die Landesdelegiertenkonferenz stellt fest, dass gem. § 29 BWG die Listen der gleichen Partei in den Ländern automatisch verbunden sind, wenn kein gegenteiliger Beschluss gefasst wird.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

9. SCHLUSSWORT

Werner F i g g e n , MdL

"Verehrte Gäste und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen!

Wir haben auf dieser Landesdelegiertenkonferenz in einmütiger, überzeugender Geschlossenheit gezeigt, dass wir zum politischen Kampf bereit sind.

Wir haben heute Willy Brandt zum Spitzenkandidaten gewählt. Unser Parteivorsitzender steht an erster Stelle unserer Landesliste, die insgesamt Frauen und Männer von politischem Format, mit politischer Praxis und mit grossem sozialen Engagement präsentiert.

Diese Landesliste, meine Freunde, ist das personelle Spiegelbild unserer nordrhein-westfälischen Landespartei mit ihren 3oo.ooo Mitgliedern.

Wir alle, Funktionäre, Mandatsträger in den Parlamenten und alle Mitglieder, müssen uns selbstlos einreihen in den Kreis der aktiven Kämpfer und Helfer.

Genossinnen und Genossen!

Willy Brandt konnte es nicht deutlicher als auf dem Wahlparteitag in Dortmund und heute in Essen sagen: "Wer nicht wählt, wählt Strauss!" Ich will diese Worte zum Abschluss unserer Landesdelegiertenkonferenz ergänzen: "Wer nicht wählt, wählt Strauss und die Restauration!"

Denn wer Strauss auf dem CSU-Wahlparteitag verfolgt hat, dem bot sich wahrlich ein Bild des Zynismus und des politischen Machtkampfes. Auf diesem CSU-Parteitag, meine Freunde, demonstrierte Strauss ungeschminkt und verworren politischen Unsinn.

Das, meine Freunde, was sich dort auf dem bayerischen CSU-Parteitag abspielte, war ein politisches Theater, in dem sich Kohl, Dregger und andere der Union nur wie Marionetten in Szene setzen konnten. Phrasen wurden gedroschen, nichts als Phrasen, die - das sollten wir nicht verkennen - im Ausland an zwar vielfach vergessene, doch noch nicht überall überwundene Zeiten erinnerten.

Dort, meine Freunde, d o r t auf dem CSU-Parteitag bewies sich zum soundsovielten Mal, dass die Union von der CSU motiviert wird, wenn man überhaupt für die Union in diesem Wahlkampf noch von Motivation und Verantwortung für Deutschland sprechen kann.

D o r t , Genossinnen und Genossen, wurde ein Geist heraufbeschworen, der alles Dagewesene überbietet: Gier nach Macht, Hass, doktrinäre Parolen ..... vorgegaukelt und geschauspielert und oft dummdreist.

W i r treten gegen diesen politischen Gegner an in Freiheit und in Liebe zu Deutschland.

Ich danke unserem Parteivorsitzenden im Namen aller Delegierten für seine Worte. Und ich sage im Namen aller Delegierten schlicht und einfach, wie es unsere Sprache hier im Revier an der Ruhr ist:

> Wir wollen mit unserem Bundeskanzler Helmut Schmidt am Modell Deutschland weiterbauen.
>
> Wir werden uns in diesem härtesten aller politischen Wahlkämpfe für die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition einsetzen, weil Strauss und Kohl für uns an Rhein und Ruhr die personifizierte Restauration ist.
>
> Wir werden um das Vertrauen der Wähler an Rhein und Ruhr werben mit Sachargumenten, mit Nachweisen und Beweisen unseres Erfolges in Bonn und Düsseldorf, weil wir gegen Machtmissbrauch und gegen politischen Dilettantismus sind, und weil wir fürchten, dass mit der CDU und CSU in Bonn Machtmissbrauch betrieben würde!

Der Landesvorstand hat in Abstimmung mit den vier Bezirken in Nordrhein-Westfalen eine Mitgliedermobilisierungsaktion eingeleitet. Das heisst, wir haben 3oo.ooo Mitglieder in Nordrhein-Westfalen im sozialdemokrat-Magazin über unsere Aktivitäten informiert.

Unser Motto lautet: "Kämpf mit, Du kannst die Wahl entscheiden"!

Fünf Punkte sind bei dieser Aktion besonders interessant:

1. Bekenne Dich als Sozialdemokrat.

2. Diskutieren, um zu überzeugen.

3. Bringe neue Mitglieder, mindestens eins.

4. Auch wir brauchen Geld.

5. Informiert Euch und kämpft!

Gestattet mir, dass ich nun den Dank ausspreche an die Stadt Essen und ihren Oberbürgermeister Horst Katzor für die Gastfreundschaft.

Ich danke den Konferenzhelfern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesbüros für die Arbeit vor und hinter den Kulissen.

Mein Dank gilt den Mitgliedern der Konferenzgremien - Präsidium und Wahl- und Mandatsprüfungskommission -. Sie haben auch heute wieder vorbildliche Arbeit geleistet.

Einen Dank aber auch Euch allen für das beharrliche Aushalten.

Genossen, wir sind frühzeitig fertiggeworden. Wir haben ein Mittagessen eingespart und dieser Betrag kommt der Wahlkampffinanzierung zugute!

Ich schliesse unsere Landesdelegiertenkonferenz mit dem Appell an alle Mitglieder unserer Partei, sich der Verantwortung in diesem Wahlkampf bewusst zu sein. Jetzt fangen wir richtig an! Für unser Land, für die Bundesrepublik Deutschland!

Den Delegierten lagen unter anderem folgende Materialien vor:

Regierungsprogramm 1976 - 1980
Rednermaterialien des SPD-Landesverbandes (landesspezifische Themen)
Einladung zum NRW-Frauentag am 28. August 1976 in Essen
Schreiben des ASF-Landesvorstandes

(Arthur E b k e r)
Protokollführung